

W i e n e r R a t h a u s K o r r e s p o n d e n z
Donnerstag, 24. August vormittags

Bürgermeister Dr. Neumayer ist heute vormittags in Wien ein -
getroffen. Er wird noch im Laufe des heutigen Tages im Rathause
erscheinen und sofort wieder die Leitung der Geschäfte der
Stadt Wien übernehmen.

Kaiserfeier in der Wasserheilanstalt Burg Hartenstein Wie alljährlich wurde auch heuer in der Wasserheilanstalt Burg Hartenstein, im wildromantischen Weile des Kremstales, die Geburtsfeier Sr. Majestät in besonders festlicher Weise begangen. Bei der Reichbesetzten und geschmückten Mittagstafel sprach der Chefarzt kais. Rat Dr. Otto Pospischil den Toast, welcher von der den besten Ständen des In- und Auslandes angehörenden Gesellschaft begeistert aufgenommen wurde. Abends fand sodann eine Soiree statt, deren Programm ausschließlich von Kunstkräften aus der Mitte der Kurgäste bestritten wurde. Eingeleitet wurde sie durch die Volkshymne, welche stehend von allen Kurgästen gesungen wurde, worauf die Gemahlin des Chefarztes Frau Hermine Pospischil, eine Schülerin des Professors Friedrich vom Wiener Conservatorium, ein patriotisches Gedicht, „Mein Kaiser“ tief empfunden vortrug. Hierauf folgte die Egmont-Ouverture, vierhändig vorgetragen von den städt. Lehrerinnen Frä. Kubitschek und Frä. Eichler, ein Violinsolo von Mag.-Sekretär Dr. Kubitschek. Großes Talent verrieten die Gesangsvorträge der Frau Berta Breiung, Schwester des Chefarztes, insbesondere des „Ave Maria“ von Gounod, mit Violinbegleitung der Frau Osernyei, Professorin am Neuen Conservatorium in Wien. Letztere bot sodann eine Glanznummer durch den Violinvortrag der „Ballade und Polnaise“ von Vieuxtemps, auf dem Klavier begleitet von Frä. Kubitschek. Prachtvollen Tenor boten die Lieder von Sulenburg, Brühl, u.w., welche der Chefarzt formvollendet mit geschulter Stimme vortrug. Den Schluß bildeten mit meisterhafter Mimik begleitete Deklamationen, ersten und heiteren Inhaltes der Frau Hermine Pospischil. Allseits wurde der Abend als ein gelungener bezeichnet. Sodann begab man sich in den geräumigen Wintergarten, welcher durch die reiche Lampenbeleuchtung prächtige Lichteffekte im Reich daselbst ausludete. Oberhalb desselben wurde sodann im Tanzraum bis in die spätesten Abendsstunden ~~7/8/9/10~~ eifrig dem Tanze gehuldigt.

Zur Fleischfrage. Der Obmann des gemeinderätlichen Approvisionierungsausschusses Hr. Dr. Klotzberg hat nachstehendes „Offenes Schreiben“ an den Bürgermeister gerichtet:

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Die Verhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung wegen Einfuhr des bereits in Triest lagernden argentinischen Fleisches sind gescheitert und der Gemeinderat der Stadt Wien hält noch immer trotz der großen Fleischnot und trotz der allgemeinen zunehmenden Teuerung Ferien. Die Gemeinde Wien ist bei der Fleischfrage auf alle Forderungen der Regierung eingegangen, sogar auf die „hoch-

weise“ Forderung: Vermehrung der Fleischstände, gleichbedeutend mit Vermehrung der Wasserauslaufbrunnen, wenn Wasser-mangel ist. Nur hat die hohe Regierung vergessen, zu sagen, was in diesen vermehrten Ständen verkauft werden soll; Fleisch gewiß nicht, da solches nicht vorhanden ist und wenn argentinisches Fleisch - die einzige Rettung in dieser fleischarmen Zeit - im Hafen von Triest lagert, dann duldet nicht nur die ungarische Regierung nicht, daß dieses billige und doch gute Fleisch eingeführt wird, sondern die ganze agrarische Compagnie - die Hauptstütze der Regierung - ohne Unterschied der Confession und der Nationalität ist dagegen und die zwei Millionenstadt Wien kann zusehen wie das in Triest bereits lagern - de argentinische Fleisch wieder weggeführt wird in Länder und Reiche, in denen für die Bewohner besser gesorgt wird.

Es ist daher unbedingt notwendig und dringend geboten, daß der Gemeinderat der Stadt Wien seine Ferien sofort unterbricht und sofort zu einer Sitzung einberufen wird.

In öffentlicher Sitzung soll die Fleischfrage verhandelt, in öffentlicher Sitzung sollen die Gemeinderäte der Stadt Wien, namens der Zweimillionenstadt, die man hungern will, ihre Forderungen an die Regierung stellen, damit die Bewohner hören, wo die Schuld liegt, wenn die kaisertreuen Wiener hungern müssen.

Volkerversammlungen müssen abgehalten werden und mit Ungestüm und laut muß die Einfuhr des argentinischen Fleisches und des Fleisches aus Serbien gefordert werden. Die Gemeinde Wien war und ist auch jetzt zu jedem Opfer bereit, die Regierung fragt zu keinem; nicht einmal den Zoll auf das argentinische Fleisch hat dieselbe herabgesetzt, welche Maßregel mit einem Schlage das Fleisch sofort verbilligen würde.

Hochgeehrter Herr Bürgermeister! Rufen Sie daher den löblichen Gemeinderat unverzüglich zu einer Sitzung ein; in derselben wollen wir reden, dort wollen wir fordern; wir wollen fordern billiges Fleisch für unsere Mitbürger, für uns, billiges Fleisch für alle. Nicht bei geschlossenen Türen wollen wir Resolutionen fassen und dieselben in einem Bittgange feierlichst überreichen, nein zum Volke wollen wir reden und für unser Volk fordern.

Hochgeehrter Herr Bürgermeister! Rufen Sie deshalb unverzüglich den Gemeinderat zusammen - alle Gemeinderäte werden willig Ihrer Einladung folgen, ja dieselben warten schon darauf - und die Tagesordnung soll einzig und allein sein: „Die Fleischfrage“.

Mit dem Ausdrucke der größten Hochachtung

Ihrer Hochwohlgeborenen ergebenster

Hr. Dr. Emerich Klotzberg

Obmann des Approvisionierungsausschusses.

In der letzten Stadtratsitzung brachte StR. Knoll nachstehenden Antrag ein, welcher der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt wurde: Mit Rücksicht auf die Zeitungsberichte von gestern (20. August 1. J.) betreffend die Ablehnung der Einfuhr argentinischen Fleisches nach Oesterreich von Seite der ungarischen Regierung stellen die Gefertigten nachstehende Anträge: 1. Die Gemeinde macht die Regierung für alle hieraus erwachsenden Folgen verantwortlich. 2. Die Gemeinde Wien bedauert das von der ungarischen Regierung in dieser Frage an den Tag gelegte Vorgehen gegenüber den vitalsten Interessen der österr. Bevölkerung. 3. Nachdem nun argentinisches Fleisch nicht eingeführt werden kann, wird die österr. Regierung aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche die entsprechende Approvisionierung Wiens bzw. der anderen Städte und Orte Oesterreichs ermöglichen. Die Gefertigten schlagen daher vor: 4. Die österreichische Regierung soll eine Kommission einsetzen, wozu Vertreter der Länder Cisleithaniens, der Stadt Wien, eventuell der anderen Landeshauptstädte zugezogen und Sitz und Stimme haben. Die Kommission soll in Sektionen geteilt werden und zwar in Einkaufs-, Verkaufs-, Finanz-, Verwertungs- und manipulationssektionen. Auch ein Inspektorat ist zu errichten, welches in erster Linie in kontrollierender und verwaltlicher Beziehung zu wirken hat. Die Aufbringung der Gelder soll durch den Staat, ~~die/der/die/die~~ die einzelnen tangierenden Länder, die Stadt Wien event. durch andere Landeshauptstädte erfolgen. Die Errichtung von Musterwirtschaften und Vieheinrichtungen bei Kleinbauern soll durchgeführt werden. In jedem Lande bzw. in jedem Kreisgerichtsbezirk soll eine solche Einrichtung Platz greifen und von hier aus Anträge wegen Einstellungen bei Kleinbauern an die Kommission in Wien geleitet werden. Das eingestellte Vieh ist Eigentum der Kommission und soll durch Einbrennen gekennzeichnet werden. Der Kleinbauer wird bei Uebernahme des Viehs verhalten, daß er im Sinne des Inspektorates die Wirtschaft ersprießlich zu führen hat und daß der Verkauf dieses Viehes auf dem Wiener Zentralviehmarkte durch das bestehende städt. Uebernahmeamt im Einvernehmen mit dem Inspektorate zu geschehen hat. Zucht und Mastprämien sollen verteilt werden, dagegen bei schlachter Wirtschaft das eingestellte Vieh dem Kleinbauer entzogen werden. Durch eine gute Viehversicherung soll die Kommission vor Viehschäden geschützt werden. Der Viehstand, die Milchwirtschaft und Mastung kann durch fachgemäße Behandlung stark gehoben und der Wiener Viehmarkt entsprechend und zeitgemäß beschickt und dadurch die Preise reguliert werden. Wenn auch hierzu große Beiträge notwendig sind, so können sich die Regierung, die Länder, die Reichshaupt- und die Landeshauptstädte dieser Frage nicht mehr verschließen sondern nur das größte Interesse entgegenbringen und schleunigst an die Arbeit gehen. Alles andere auf dem Gebiet sind doch nur Notstandsbehelfe und wandert das Geld der Steuerträger und Konsumenten größtenteils für den Artikel Fleisch noch in das Ausland.

Da gerade die Frage der Fleischsteuerung alle Bevölkerungsschichten, am meisten aber die Minderbemittelten - trifft, der Staat aber in erster Linie dafür sorgen soll, daß das Volk stark und kräftig ist, andererseits aber jede Familie aber hier tangiert ist, sollen alle ehenden Faktoren zur Lösung dieser Frage ihr Wissen und Können beisteuern. Der Magistrat wird mit Rücksicht auf die obigen Ausführungen beauftragt, sofort das Nötige zu veranlassen, eine Vorlage auszuarbeiten und ehestens dem Stadtrate vorzulegen.

X

Bürgermeister Br. Neumayer begibt sich morgen vormittags mit den Vize-Bürgermeistern und mehreren Stadträten zum Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch und in das Ackerbauministerium um die vom Stadtrat in seiner außerordentlichen Sitzung beschlossene Resolution in der Fleischfrage zu überreichen.

Die allgemeine Teuerung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachten StR. Schner und Genossen einen ausführlich motivierten Antrag ein, in welchem ausgeführt wird, daß nach den Mitteilungen der Zeitungen bei der Milch und ihren Nebenprodukten, dem Zucker, Petroleum und Hausbrandkohle weitere Preissteigerungen zu erwarten sind. Die Folgen seien nicht mehr zu ertragen, da durch die hohen Fleischpreise und die Steigerung der Mietzinse namentlich die Fixangestellten empfindlich betroffen werden.

In dem Antrage werden die reichen Gewinne nachgewiesen, welchen die die kartellierten Zuckerfabriken, Kohlenproduzenten und die Petroleumgesellschaften jährlich zu verzeichnen haben und dann wird ausgeführt: Sowohl bezüglich des Zuckers, als auch der Kohle und des Petroleums sind der Regierung die Mittel an die Hand gegeben, im Interesse der ausgebeuteten Bevölkerung einzuschreiten. Sie bedarf hierzu keiner besonderen Ermächtigung Ungarns, sondern ausschließlich ihrer eigenen unerschrockenen Initiative. Die Mittel eine gesunde Wirtschaftspolitik zu entwerfen, die Bevölkerung gegen die großkapitalistische Bewucherung zu schützen, bestehen einseitig in der Schaffung eines die konsumierende Bevölkerung schützenden strengen Kartellgesetzes, anderenteils in der Ausgestaltung des staatlichen Monopoles. Weder die Industrie noch das Gewerbe noch die mit fixen Bezügen Angestellten vermögen den Goldhunger der kartellierten Raubritter länger zu ertragen. Sie sind an der Grenze ihrer Zahlungsfähigkeit angelangt. An 40 Millionen Kronen wurden der Wiener Bevölkerung in diesem Jahre allein an Steuern - infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Steuerbehörden - abgenommen. Neben dem Doppelten beträgt aber die tatsächliche Leistung, die infolge der aus der Steuererhöhung resultierenden Mietzinssteigerung für Wien erwuchs. In den schwersten Kriegsjahren hat Wien nicht so enorme Kontributionen zu zahlen gehabt, als sie in diesem Jahre

der Bevölkerung unserer Stadt von unseren österr. Finanzbehörden verhängt wurden. Zu dieser exorbitanten Steuererhöhung, die Wien diese geldspendende Zitronen des Reiches - über sich ergehen lassen mußte, kommt nun die noch empfindlichere Ausbeutung der Bevölkerung durch die Lebensmittel-Verbreiter, dieser Brandschatzung sich ebenfalls zu unterwerfen, hat die Bevölkerung keine Lust. In welcher Weise der Staat das eine dazu beitragen kann, die Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen, wurde in lapidarer Kürze angedeutet. Die Mittel der Gemeinde reichen in diesem Falle nicht aus, eine Remedur zu schaffen und eine Gesundung der Verhältnisse herbeizuführen.

Nur in einem Falle erscheint ein gemeinsames Vorgehen der Gemeinde Wien mit der Staatsverwaltung gegeben. Es betrifft die Versorgung der Stadt mit dem nächst dem Fleisch wichtigsten Lebensmittel, der Milch. An sich dieses Produkt soll eine ansehnliche Verteuerung seiner Preise erfahren. Aus den übereinstimmenden Mitteilungen der landwirtschaftlichen Vereinigungen geht hervor, daß der Milchproduzent für die Milch nur 10 - 12 Heller erhält, während sie in Wien um 28 und 32 Heller pro Liter an die Konsumenten verkauft wird. Der Milchverteiler ist in diesem Falle der großkapitalistische Zwischenhändler, dem der Milchverschleißer - der Deballist - gerade so ausgeliefert ist, wie der Konsument. Der Kampf gegen diese Vampyre am Volksvermögen läßt sich nur mit Erfolg führen, wenn gegen diese Koalition von Volksausbeutern, eine nicht auf Gewinn ausgehende, mit einem großen Kapital fundierte Milch-Großeinkaufszentrale geschaffen wird. deren Aufgabe es wäre, unsere Stadt mit Milch zu versorgen. Es wäre nach Einholung von Experten der Genossenschaft der Milchweifer zu erwägen, ob nicht die Gemeinde Wien selbst die Milchversorgung Wiens in die Hand nehmen sollte, um mit Hilfe des Staates durch Gewährung von Frachtermäßigungen für Milchsendungen, Instradierung eigener Milchzüge, eine Verbilligung dieser wichtigen Lebensmittel im Interesse unserer Kinderfürsorge herbeizuführen. Bei dem Umstande, daß die Teuerung eine allgemeine ist, und zur allgemeinen Abwehr herausfordert, wäre der ganze Komplex der Teuerungsfragen dem österr. Städtetage zur Beschlußfassung und Antragstellung zu unterbreiten. Zu diesem Behufe wäre die sofortige Ausschreibung einer außerordentlichen Sitzung des allgemeinen österr. Städtetages, durch den Herrn Bürgermeister zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens in den Fragen der Teuerung, zu veranlassen. Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Angelegenheit wird der Magistrat aufgefordert, sich über die in diesem Antrage zum Ausdruck gebrachten, gegen die Teuerung der wichtigsten Lebensmittel und anderen Lebensunterhalt gerichteten Vorschläge umgehend zu äußern und dem Stadtrate seine Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Todesfälle. Heute ist in Salzburg der Mag.-Rat der Stadt Franz Stibitz im 51. Lebensjahre plötzlich gestorben. Stibitz am 25. Juni 1887 in den städt. Dienst, wurde im Jahre 1907 zum Magistratsrate ernannt und gleichzeitig zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes Josefstadt bestellt. Das Leichenbegängnis findet morgen Samstag in Wien statt. - Vorgestern Dienstag starb der Rechnungsrat i.R. Adolf Meißl im 77. Lebensjahre. Nach testamentarischer Anordnung wird die Leiche zur Verbrennung nach Gotha morgen Freitag 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause 19. Bezirk Billrothstraße 23 überführt.

WIENER STADTRAT.
Sitzung vom 24. August 1911.
Vorsitzende VB. Dr. Porzer und VB. Kob; der Sitzung wohnte auch eine Zeitlang Bürgermeister Dr. Neumayer bei.

Nach einem Bericht des StR. Braun wird ausnahmsweise die unentgeltliche Beistellung des Grabes für die an Cholera verstorbene Frau Aloisia Schwent bewilligt.

StR. Rain beantragt die Bewilligung von 9000 K für die Vornahme von verschiedenen Herstellungen, wie Drahtsaun, Reparatur der Wasserleitung, Gartenaborteanlage etc. im Kinderhospize der Stadt Wien in Sulzbach. (Ang.)

Das vom StR. Hörmann vorgelegte Projekt für die Herstellung einer Gartenanlage auf der Weißgerberlande im 3. Bezirk in der Strecke zwischen der Paracelsusgasse und Unteren Viaduktgasse wird mit dem Erfordernisse von 76.414 K genehmigt.

Der Herstellung der Oberzellergasse vom Rennweg bis zur Klimschgasse im 3. Bezirk - Kosten 4000 K - wird zugestimmt. Für die Herstellung eines Teermakadambelages (Terosalt) in der Hetzgasse zwischen der Hinteren Zollamtsstraße und Oberen Viaduktgasse im 3. Bezirk werden 5000 K bewilligt.

Das vom StR. Straßer vorgelegte Projekt für die Ueberstellung des städtischen Fuhrwerkdepot in der Kronprinz Rudolphgasse im 2. Bezirk befindlichen großen offenen Schulpfanne - den neuen Depotplatz in der Salsachstraße im 20. Bezirk wird mit den Kosten von 12.400 K genehmigt.

StR. Graf beantragt, die auf dem städtischen Wirtschaftshof des 16. Bezirkes befindliche Dreifaltigkeitsskule in der Gartenanlage zwischen Montlear-, Thalia- und Ottakringerstraße aufzustellen. Die Kosten betragen 1000 K. (Ang.)

Das vom StR. Bäsch vorgelegte Projekt für die Innenteerung der Schönbrunner Schloßstraße vom Plateau vor dem Schloße bis zur Grünberggasse im 13. Bezirk wird mit den Kosten von 30.000 K genehmigt.

Nach einem Bericht des StR. Hermann wird die Renovierung der garsenseitigen Fassaden des Bürgervereinshauses im 9. Bezirk mit den Kosten von 7711 K genehmigt.